

Politische Rundschau

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **22 (1942-1943)**

Heft 10

PDF erstellt am: **29.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Politische Rundschau

Zur Lage.

Unsere Berichtsperiode verzeichnet auf dem Felde der inneren Politik naturgemäß nicht viele bewegende Einzelereignisse, und sie kann dies auch nicht; denn über einen Zeitraum, der in weitgespanntem Rahmen die Festtage umfaßt, pflegt auf allen Sektoren des innerpolitischen Bereiches gemeinhin Ruhe einzutreten. Vor einem Jahre freilich war es, als Ausnahme, anders gewesen; denn da erschien, am Neujahrstage, plötzlich die Gestalt des seligen Bruder Klaus und im Gefolge dieser Erscheinung war es, ob des in dem betreffenden Zusammenhang ungewohnten Ereignisses, lebhaft unruhig geworden. Das war aber wirklich nur eine Ausnahme gewesen; denn diesmal blieb es in dem betreffenden Bereiche ganz ruhig, und es vollzog sich alles in den gewohnten, allerseits wohlgefälligen Bahnen.

Allein gleichwohl brachte uns der Jahreswechsel diesmal mehr als nur die gewohnten Zeugnisse besinnlichen Rückblicks und Ausblicks; es hat uns in diesen Wochen, das dürfen wir ruhig sagen, auf einem besonderen Felde einen bedeutsamen Schritt weiter gebracht, und zwar einen sehr erfreulichen Schritt weiter — auf einem Felde, dem für die kommende Führung der eidgenössischen Politik entscheidender Einfluß zugesprochen werden soll, wenn wir die Entwicklung richtig verstehen. Eine Entwicklung, die wir in unserem zweiten Aufsatz zur „Lage der Schweiz vor der Neuordnung Europas“ zu belegen versuchten, ist in weiterem, günstigem Fortschreiten begriffen — und das ist eine gute Botschaft zu Beginn eines Jahres, das uns Prüfungen bringen wird.

In der Neujahrsausgabe der „Schweizerischen Metallarbeiterzeitung“ veröffentlichte Prof. F. Marbach einen Aufsatz: „Die zwei Wege“, der seines programmatischen Charakters wegen allgemeine Beachtung verdient. Gestützt auf die Erfahrungen in der Politik der Zusammenarbeit unserer sozialen „Gruppen“ vor und während der jetzigen Kriegszeit — den Ausdruck „Klassen“ vermeidet der Verfasser — ruft er auf zur Fortsetzung, zur Verstärkung unserer inneren Friedenspolitik, weil er sich klar dazu bekennt,

„daß eine objektiv befriedigende Organisation der Gesellschaft, eine objektiv vernünftige soziale Regelung nur im Zusammenspiel der Gruppen*) vollzogen werden kann“.

Marbach zögert nicht, an der Wegscheide, die wir nun in der Kardinalfrage der Weitergestaltung unseres politischen Lebens vom sozialen Gesichtspunkt aus erreicht haben, sich klar und ohne Klauseln noch Rückhalte für den Weg der Verständigung zu entscheiden, also — und dies ausdrücklich — gegen den Weg der „Andern“, die „den Kampf als den Vater aller Dinge betrachten“. Die Erfahrungen in der Politik der Zusammenarbeit, und hier vor allem der gewaltige Fortschritt in der Betreuung der sozialen Belange, den wir gegenüber den Bedingungen während des letzten Weltkrieges erreicht haben, sind ihm eine unanfechtbare Grundlage für diese ebenso klare wie mutige Entscheidung, denn:

*) Sperrungen von uns.

„Die Leistungen der Eidgenossenschaft, der Kantone und der Gemeinden während der Kriegs- und Zusammenarbeitsperiode lassen sich durchaus sehen. Das neue Programm zur Arbeitssicherung... ist monumental. Die auf Grund der Wehrmannsausgleichsklassen-Idee sich entwickelnde Ausgleichsorganisation auf verschiedenen Gebieten trägt Züge einer ausgesprochenen sozialen Fortschrittlichkeit. Die Kriegswirtschaft ist im großen und ganzen nach sozialen Grundsätzen geregelt. Die Lohnpolitik ist, trotz gegenteiliger Behauptung, fortschrittlicher und arbeiterorientierter als im letzten Krieg. Was die Eidgenossenschaft auf dem Gebiete des Steuerwesens tut, darf, auch wenn man dieses und jenes beanstandet, ernsthaft als Klassenpolitik nicht bezeichnet werden. Kapital und Besitz allgemein werden zu Leistungen herangezogen, die mancher, der dies jetzt übersehen möchte, bis vor kurzem nicht für möglich gehalten hätte.“

Selbstverständlich erkennt Marbach trotz dieser Feststellungen verschiedene Mängel; er hätte gewünscht,

„daß man der Arbeiterschaft, die sich mehr und mehr als tragende Grundsäule des Staates bewährt, hier und dort offeneren Herzens entgegengekommen wäre“ —;

auch empfindet er

„das Fernhalten der sozialdemokratischen Partei vom Bundesrat in immer stärkerem Maße als eine beschämende Angelegenheit“ —;

aber:

„bei aller Erkenntnis der Mängel: Von einem Versagen der Zusammenarbeit kann nicht gesprochen werden, sofern... von ihr nicht ein Umbruch aller organisatorischen und rechtlichen Grundlagen der Gesellschaft erwartet worden ist.“

Deutlich wendet sich Marbach gegen die „Andern“, gegen jene, die den „anderen Weg“ gewählt haben:

„sie wiegen die Arbeiterschaft in machtpolitische und andere Illusionen, die u. U. nicht zu verantworten sind.“

Das sind deutliche Worte. Wir wollen sie heute nicht mit den anderen vergleichen; wir wollen nur feststellen, daß hier eine Entwicklung fortgeführt wird, die auf dem inneren Felde gute Perspektiven eröffnet für das nun eingeleitete Jahr der Entscheidung. Schließlich darf auch das Bürgertum mit Befriedigung die Anerkennung entgegennehmen, die ihm für seine Haltung, für sein — allzu oft bestrittenes — soziales Verständnis und, nicht zuletzt, auch für die von ihm, nicht weniger als von anderen, geleisteten Opfer gezollt wird; die vielgelästerte Politik des Bundesrates zumal erfährt hier eine gute Rechtfertigung.

Damit freilich kann es für uns nicht getan sein. Denn gerade gegenüber solchen Zeugnissen wird deutlich die große Verantwortung unseres gesamten Bürgertums, die Verantwortung, die es gerade auch seinerseits im Sinne einer günstigen weiteren Entwicklung solcher Ansätze zu tragen hat. Allein wir sind überzeugt, daß es diese Verantwortung freudig auf sich nehmen wird; und es wird dies um so freudiger tun, je mehr es sich zu vergewissern vermag, daß die „soziale Zusammenarbeit“ eben nicht letzten Endes

und insgeheim in einen „Umbruch aller organisatorischen und rechtlichen Grundlagen der Gesellschaft“ hineinführen soll — wie er von anderer Seite nicht allein „erwartet“, sondern allerdings sehr bewußt erstrebt wird — daß also nicht am Ende ein Regiment der Staatswirtschaft aufgerichtet werden, der Staatssozialismus erster Sieger bleiben soll. Die Grenzen hier peinlich zu beachten, ist selbstverständliche Voraussetzung für alles Weitere.

In ebenso positivem Sinne wie die zitierten Äußerungen aus Kreisen der Gewerkschaften verdienen die Bestrebungen gewertet zu werden, die in dem kürzlich erschienenen, aus verschiedenen Beiträgen zusammengefaßten Buche niedergelegt sind, das die Editions de la Baconnière, Neuenburg, unter dem Titel „La Suisse forge son destin“ herausgegeben haben. Aus seinem reichen Gehalt sei hier nur ein Beitrag angedeutet: Auch hier hat ein Gewerkschafter das Wort genommen: E. F. Ducommun, und seine Überlegungen zum Problem des Arbeiters in der Gemeinschaft sind größter Beachtung wert. Das Postulat der Berufsgemeinschaften, das er vertritt, knüpft an die Zusammenarbeit an, die wir mit so viel Befriedigung erleben, und die durch Marbach einen so überzeugten Verfechter gefunden hat und findet. Es ist im Rahmen dieser Übersicht nicht der Platz zu einer eingehenderen Betrachtung dieser Bestrebungen, die das soziale Problem in einem weitergehenden, grundsätzlichen Zusammenhang einer Lösung zuführen sollen. Eine eingehende Würdigung aller dieser Fragen wird in diesen Blättern nicht ausbleiben. Es soll für heute genug sein, sie anzudeuten und damit gleichzeitig Kenntnis zu geben von einem weiteren positiven Beitrag zu jenen Lösungen, die wir auf diese oder jene Weise um der dauernden, nicht nur der kriegsbedingten Sicherung des inneren Friedens willen in unserem Lande erreichen müssen.

Allein auch im Rahmen der Beratungen der Bundesversammlung in der Dezembersession des vergangenen Jahres konnte sich, neben verschiedenen anderen Eindrücken, eine Begebenheit feststellen lassen, die, nicht weniger als die erwähnten Zeugnisse, hier aber in der praktisch-parlamentarischen Arbeit, von einer unverkennbaren Stärkung des Verantwortungsgefühls gegenüber unerläßlichen Erfordernissen unseres Gemeinschaftslebens Kunde gegeben hat. Der in der ersten Sessionswoche zur Behandlung geführte Bundesratsbeschuß vom 4. August 1942, der eine Verstärkung des Staatsschutzes bezweckt, enthält unter anderen Bestimmungen jene stark angefochtene Befugnis der Untersuchungsbehörde, bei Vergehen gegen die Landesicherheit die Untersuchungshaft auch dann aufrechtzuerhalten, „wenn Grund zur Annahme besteht, daß der Beschuldigte seine staatsgefährliche Tätigkeit fortsetzen werde“. Man weiß, wie sehr diese „Sicherheitshaft“ unter dem falschen Namen einer „Schuhhaft“ Gegenstand demagogischer Unternehmungen, zumal auch in Volksversammlungen, gewesen ist. Allein bei der denkwürdigen Abstimmung über die Genehmigung des Bundesbeschlusses stimmten von der 46 Mann starken sozialdemokratischen Fraktion des Nationalrates, trotz einer entsprechenden Weisung des Parteivorstandes, nur zwanzig für die Rückweisung des Beschlusses, während acht ihn genehmigten und achtzehn Mitglieder der Fraktion sich der Stimme enthielten. Von der drei Mann starken ständerätlichen Fraktion stimmte nicht einer für Rückweisung. Und in einer kurz nachher stattgefundenen Versammlung der Sozialdemokratischen Partei der Stadt St. Gallen erklärte Nationalrat Johan-

nes Huber, der dem angefochtenen Bundesratsbeschuß zugestimmt hatte, es sei ein Unfug, im Zusammenhang mit diesem Beschuß von „Schußhaft“ zu sprechen, und niemand könne die Verantwortung für dessen Aufhebung übernehmen.

Greift man von solchen Begebenheiten aus weiter, in allgemeinere Zusammenhänge, so läßt sich, gerade in Verbindung mit den vordem angeführten Stimmen und Bestrebungen, eine Einstellung gegenüber den Erfordernissen unserer Staatspolitik zu Beginn dieses Entscheidungsjahres erkennen, die den Weg zur Geschlossenheit in der Nationalen Disziplin unter erfreulichen Perspektiven erscheinen läßt. Die Symptomatik ist tatsächlich unverkennbar. Unverkennbar ist auch der Unterschied zu der Zeit vor einem Jahre. Nun gilt es, gemeinsam weiterzubauen auf diesem Felde; denn nur zu bald — so fürchten wir — wird, in dieser oder jener Form, die Probe auf unseren wahren Zusammenhalt uns gestellt werden. Daß wir uns dann bewähren müssen, ist, als gemeinsame Aufgabe, klar — daß wir uns in festem Zusammenstehen bewähren können, dafür liegen nun doch verschiedene sehr positive Anzeichen vor.

Die innere Geschlossenheit gilt es vor allem zu bewahren in jenem Bereiche, der gerade in dem nun eingeleiteten Jahre von entscheidender Bedeutung ist für die Zukunft unseres Landes. Dankbar konnte das Schweizervolk zu dieser Jahreswende wiederum erkennen, wie sehr die bewaffnete Neutralität sein Schicksal bislang in gutem Sinne gestaltet hat. Dies alles so zu bewahren, wie es bis heute geschehen ist, wird gewiß die geschlossene Anstrengung eines einigen Volkes erfordern. Gegenüber beiden kriegsführenden Gruppen muß — wenn je einmal im Laufe dieses Krieges, dann heute — unser unerlöschter Wille zur strikten Neutralität durch die Tat dargelegt werden, nun, da früher oder später der Kontinent wohl erneut seine Front erleben wird. Klarzumachen gilt es vor allem denen, die es noch nicht wissen sollten, daß die schweizerische Neutralität keine „Neutralität der Gelegenheit“ ist, und daß kein Begriff uns fremder sein könnte als derjenige, der z. B. in dem Worte „Nichtkriegführung“ beschlossen liegt, wie eine unserer Zeitungen um die Jahreswende mit Recht betont hat. Hier unerbittlich zu sein und von nicht zu übertreffender Klarheit, ist unser aller gemeinsame Aufgabe — und wir meinen, sie wäre tatsächlich auch jeder gemeinsamen Anstrengung wert.

Da nun in diesem Sinne unser ganzes Tun und Trachten in Anspruch genommen ist — abgesehen natürlich von den notwendigen inneren Diskussionen des Tages, die den besten Weg zum Durchhalten zu ergeben haben —, deshalb wäre auch die Aufnahme einer Polemik um eine Totalrevision der Bundesverfassung gerade in solchem Zeitpunkt nicht nur nicht zeitgemäß, sondern politisch direkt töricht. Dabei mag jeder indessen für sich selbst den besten Weg suchen, wie unsere inneren Verhältnisse nach dem Kriege zu gestalten sein werden; dies schafft manch' nützliche Vorarbeit. Zweckmäßig wird man sich freilich jederzeit klar sein darüber, daß hier unendlich viel von den äußeren Entwicklungen abhängen wird, zu denen wir nichts tun können. Der Status quo ante — dies ist gewiß — wird auch in unseren inneren Verhältnissen nicht wieder kommen, so wenig wie in den Dingen um uns und in der Welt; was aber unsere eigenen, inneren Entwicklungen betrifft, so vermögen doch die ernstesten und eifrigsten Bestrebungen um unseren heutigen und künftigen inneren Frie-

den, die wir eben kurz erwähnen konnten, schon manchen Fingerzeig zu geben dafür, welches der Weg sein wird, den wir in der Zukunft einst zu gehen haben.

* * *

In einem für das Land kritischen Zeitpunkt hat der Bundesrat das mehrmonatige Interregnum beendet, das seit der Abberufung Minister Rüeeggens auf der schweizerischen Gesandtschaft in Rom bestand. Herr Minister Bieli, dem wir hier unsere landsmännlichen Glückwünsche entbieten möchten, ist bei den politischen Elementen Italiens, wo er bereits während sieben Jahren im diplomatischen Dienste der Eidgenossenschaft tätig war, eine hochangesehene Persönlichkeit, und so ist seine Berufung seitens der italienischen Stellen sehr warm begrüßt worden. Die große wirtschaftliche Erfahrung, die den neuen Minister begleitet, wird ihm weitgehend zu statten kommen; schwerer wiegt indessen für unser Land das politische Gewicht, das dieser Neubesezung zu einem Zeitpunkt innewohnt, da der Kontinent schweren Ereignissen entgegengeht und vielleicht ernste Spannungen erleben wird — um nicht mehr zu sagen. Es ist inzwischen bekannt geworden, daß die Berufung temporär gedacht ist; allein man wird es kaum als unwahrscheinlich bezeichnen können, daß eben in jenem Zeitraum die Dinge um unser Land manch' ernste Wendung nehmen mögen. So begleitet denn das Vertrauen des Volkes den neuen Minister auf seinen Posten, den er in einer ernsten Stunde im Dienste des Vaterlandes zu übernehmen sich entschlossen hat.

* * *

Die Bestrebungen zu innerer Geschlossenheit der schweizerischen Gemeinschaft zu fördern, erscheint jedenfalls gegeben unter dem Eindruck, daß die Kriegslage in intensiver Entwicklung steht. Dabei kann kein Zweifel darüber sein, daß die Achsenmächte sich in Anwendung der von ihnen gewählten strategischen Defensive, die durch die September-Oktoberreden der deutschen Staatsmänner festgestellt war, in einer sehr günstigen Position befinden. Mögen die Verluste ihrer dreijährigen Offensive noch so herb gewesen sein — sie ernten heute die Vorteile dieser angriffigen Strategie.

Beispielhaft wird diese Lage gerade auf den Schlachtfeldern des Ostens. Zwar läßt sich heute die Entwicklung der russischen Offensive noch keineswegs übersehen. Allein selbst wenn es den russischen Armeen gelänge, die deutschen Verbände hinter Rostow, vielleicht gar in ihre Ausgangsstellungen vom 27. Juni 1942 wieder zurückzuwerfen, so hätten sie terrainmäßig zwar das Donezbecken zurückgewonnen — das indessen von den Deutschen kaum schon hat ausgenutzt werden können —, den Kaukasus freigemacht und ihre Lage am Schwarzen Meer erleichtert — im ganzen aber eine ernstliche Schwächung der deutschen strategischen Position kaum erzielen können, abgesehen von dem Ausmaß der Schwächung der Bestände von Menschen und Material, das zur Zeit noch durchaus offen steht. Es liegt zweifellos nicht wenig Richtiges in der stets wiederholten Interpretation Hitlers über die Bedeutung der Tatsache, daß die militärischen Grenzen im Osten heute weit über tausend Kilometer von den Grenzen des Reiches entfernt liegen, soweit die Südfront und die Zentralfront in Frage stehen; und die Distanz zwischen den Waldaihöhen und Königsberg beträgt auch ihre siebenhundert Kilometer. Auch bliebe, selbst unter der eben skizzierten Annahme zu Gunsten der Russen, die ukrainische

Rorikammer, die nun zweifellos in einem guten Anfangsstadium der Ausnähung steht, nach wie vor in deutscher Hand.

Man sieht also, wie stark die Stellung des Reiches im Gefolge seiner Offensive der drei Jahre geworden ist. Es wäre deshalb ein großer Irrtum, wollte man sich, wie es nun allzu häufig geschieht, durch gewisse Ereignisse — mögen sie manches Element der Entscheidung für die Zukunft in sich tragen —, schon heute zu — voreiligen — Schlußfolgerungen führen lassen. Diese Ereignisse — wir meinen hier insbesondere Nordafrika — stehen zudem noch sehr in der Entwicklung, und diese Entwicklung hat dort, so sieht man, mit allerhand täglichen Geburtswehen zu kämpfen, die, wenigstens in dieser konfuse Form, eigentlich niemand erwartet hätte. Vor allem wäre es durchaus verfehlt, etwa das Rüstungspotential der Achse, besser allerdings: des Reiches, zu unterschätzen; in jahrelanger, intensiver und immer weiter intensivierter Arbeit ist es, nicht erst seit dem Kriege, in ganz gewaltigem Maße angehäuft worden, und mag auch auf Seiten der Alliierten gewiß der Vorteil der erst neuer aufgenommenen, also im Gesamten und in ihren einzelnen Ergebnissen moderneren Produktion liegen, so sind eben doch die Reserven des Reiches da, und nichts wird unterlassen, sie täglich, sie laufend mit neuestem Material zu ergänzen.

Ein sehr wesentliches Element kommt hinzu, und dieses liegt auf dem psychologischen Felde. Man mag mit vollem Recht den laufenden Äußerungen der nationalsozialistischen Kriegspaganda zu einem hohen Prozentsatz eben das rein propagandistische Moment, zu innerem und zu äußerem Gebrauche, unterstellen, wie man es auch von den anderen kriegführenden Völkern nicht anders erwartet, und wie es gerade in den wöchentlichen Aufsätzen von Reichsminister Dr. Goebbels zu Tage tritt, um nur ein, freilich hervorragendes, Beispiel zu nennen; in einem Punkte umschließt diese Propaganda zweifellos einen sehr wahren, sehr substantiellen Kern: das Reich vom Januar 1943 ist tatsächlich nicht das Reich vom Januar 1918 — man täusche sich mit Vorteil nirgends darüber —; im Nationalsozialismus wohnt — und er hat im Zuge der erfolgreichen und siegreichen Entwicklung der letzten Jahre weiteste Kreise des Volkes zu umfassen gewußt — eine Unerbittlichkeit des Willens, sich in allen Fällen und unter allen Umständen mit allen Mitteln durchzusetzen, die ohne Zweifel nicht nur ungewohnte, sondern umwälzende Lagen zu schaffen entschlossen ist, sofern sich dies nach dem Urteil seiner Führung als notwendig erweisen sollte. Mit diesem Faktor allgemein zu rechnen, ist zweckmäßig; es bewahrt vor Illusionen.

Die militärische und die militärpolitische Lage geben im übrigen Anlaß zu den verschiedensten Betrachtungen. Die russische Winteroffensive dieses Jahres unterscheidet sich in manchen ihrer Züge und in ihren Ergebnissen bedeutend von der letztjährigen. Die Führung der Armeen scheint viel gelernt zu haben. Sie ist dementsprechend auch in der Lage, sich ganz andere Erfolge zu sichern, als es im letzten Winter der Fall war. Diese im einzelnen würdigen zu wollen, erscheint im Augenblick freilich insofern wenig lagengemäß, weil die Dinge sich, gerade in diesen Tagen, in vollem Flusse befinden und zumal die deutschen Gegenaktionen bisher nicht oder noch nicht zur Auswirkung gekommen sind. Allein es ergibt sich heute als unbestreitbar die Tatsache, daß Rußland nicht nur in Bezug auf seine Reserven an Soldaten, sondern auch in Bezug auf das Material im wesentlichen unerschüttelt dasteht. Wieweit

das zweite Moment auf alliierte Lieferungen, besonders an Rohstoffen, zurückzuführen ist, läßt sich immer weniger feststellen; gewiß ist allein, daß mit einer massiven Kriegsindustrie östlich von Wolga und Ural — lange genug ist deren Existenz angezweifelt worden — als Tatsache zu rechnen ist. Auf der Grundlage dieses personellen und materiellen Potentials ist auch die Möglichkeit kommender Entwicklungen zu beurteilen.

Dagegen sind die Dinge auf dem nordafrikanischen Sektor der strategischen Lage seit unserem letzten Bericht nicht wesentlich weiter gekommen. Von der britischen Achten Armee hört man wenig, was sich durch die schwierigen Verhältnisse des Geländes und die vielleicht noch schwierigeren des Nachschubs unschwer erklären läßt. Die mehrfach versuchte Umfassung größerer Teile der zurückgebliebenen deutsch-italienischen Armee ist den Engländern jedenfalls nicht gelungen. Wo endlich diese Armee — immer noch die Armee Rommels? — sich festzusetzen gedenkt, ist noch nicht zu übersehen. Unsicher, ob sie sich mit den Achsentruppen Tunesiens vereinigen soll; daß sie dies gegebenenfalls zu tun vermöchte, ist jedenfalls nach dem derzeitigen Stand der Dinge nicht wohl zu bezweifeln, da zwischen diese beiden Elemente sich heute kaum mehr geschoben haben dürfte als schlecht ausgerüstete französische Detachements, indes der Aufmarsch der angelsächsischen Kontingente in den tunesischen Raum, wie sich die Lage nun darstellt, erheblich in Rückstand geraten ist. Die Position der Achse in Tunis selbst ist inzwischen, nach der neuesten Verlautbarung von Seiten des Generals Giraud, auf 70 000 Mann wohl ausgerüsteter Bestände angewachsen, die offensichtlich auch mit der erforderlichen Luftunterstützung versehen sind.

Daß das unter amerikanischer Führung stehende Expeditionskorps in Nordafrika gegenüber den Achsentruppen, was den Raum von Tunis anbelangt, einstweilen beträchtlich ins Hintertreffen geraten ist, erscheint, bei sachlicher Würdigung der Dinge, ohne weiteres erklärlich; das aufgeregte Gehaben gewisser Presseorgane des angelsächsischen Raumes um diese Verhältnisse ist denn auch wenig begründet. Ohne weiteres ersichtlich zu Gunsten der Achse ist der unendlich kürzere Nachschubweg, deren Transporte keine weiten Meere und wohl auch keine Rudel von Unterseebooten zu überwinden haben. Auch hat General Eisenhower nicht allein eine gewaltige Armee in Position zu bringen und deren vielfältigen Nachschub sicherzustellen; er muß, wie man sieht, mit einer politisch völlig unabhäuteten Lage und der daraus erwachsenen Möglichkeit ernster Querschläge rechnen, die den Aufbau des gewaltigen militärischen Apparates nicht allein zu stören, sondern unter Umständen ernstlich zu treffen geeignet sein können. Zahlreiche Sabotageakte, in deren Gefolge zahlreiche Exekutionen vollzogen worden sind, liefern dafür hinlänglichen Nachweis. Zudem erstrecken sich der organisatorische Aufbau und die militärische Sicherung über ein weites Gebiet, das Französisch-Westafrika, ganz Französisch-Marokko und Algier umfaßt — alles in allem eine Aufgabe, die von selbst jede voreilige Operation verhindert, nachdem einmal der handgreifliche Versuch Anderson's, sich der tunesischen Schlüsselpunkte zu bemächtigen, gescheitert war. Man wird demnach hier ohne weiteres mit längeren Fristen rechnen.

Indessen dürfte das politische Chaos um Nordafrika und die französischen Exilgruppen seinen Höhepunkt erreicht haben. Politiker

mancher Schattierungen haben diesmal, ferne vom Mutterland, anscheinend das alte Spiel wieder aufgenommen, und oft könnte man sich in die Couloirs der Pariser Kammer versetzt wähnen. Die gewohnten Manöver sind in flottem Gange, nur daß geographische Distanzen diesmal die „Pourparlers“ erschweren; in London scheint sich der „Front Populaire“ heimisch gemacht zu haben, in Algier „tagen“ in wirrem Durcheinander alle möglichen Rechtsgruppen, um Flandin, um Pucheu, um Baudouin; aus der Ferne zieht auch Herr Chaumpeps seine kombinierenden Kreise; und am Ende ist zum Überschuß noch der Graf von Paris auf der Szene erschienen. Ein Schauspiel wahrlich einzigen Charakters!

Derweil solche Dinge sich abrollen, ist man in den Vereinigten Staaten im Begriff, eine politisch bedeutsame Zwischenbilanz zu ziehen. Der 78. Kongreß ist zusammengetreten, und mit ihm hat sich eine Körperschaft versammelt, der gegenüber der Präsident ein großes Maß seines sprichwörtlichen politischen Geschicks wird aufzubieten haben. Die Lage gestattet heute freilich noch kein positives Urteil; man wird auch hier den Lauf der Dinge abzuwarten haben — abzuwarten vor allem, ob, oder inwieweit, der Isolationismus seine Flügel erstmals wieder zu heben versuchen wird. Seit Pearl Harbour hat er geschwiegen. Doch vielleicht mögen es eben die Umstände um diesen Ort sein — längst ist er ein Begriff geworden! —, die gewisse Gruppen wieder in Regsamkeit versetzen könnten. Folgt man dem „Weißbuch“, das die Regierung kurz vor dem Zusammentritt des Kongresses ausgegeben hat, so ergibt sich nämlich, daß der Botschafter der Vereinigten Staaten in Tokio, Grew, seiner Regierung schon am 27. Januar 1941 Informationen zugehen ließ über Pläne, die japanischerseits um Pearl Harbour bestünden. Dieser Umstand und andere Momente mögen einer Opposition als Angriffspunkt dienen. Und unter den anderen Momenten figuriert wohl an erster Stelle jenes Durcheinander an „Nachkriegsplänen“, das, immer mehr verstärkt, den erstaunten Beschauer bewegt und, wahrscheinlich, nicht allzu selten auch zu einem allgemeinen Schütteln des Kopfes führen will. Folgte man all' diesen schönen Reden — man müßte wahrlich sagen: wir gehen herrlichen Zeiten entgegen! Klugerweise indessen hat sich Roosevelt selbst angesichts dieser idealistischen Kombinationen resolut zurückgehalten, sich nicht mit einem Wort dazu geäußert. Er hat kein Interesse daran, seine Opposition zu wecken. Die aber dürfte freilich eines Tages ganz von selbst wach werden, wenn der Präsident an die Verwirklichung des Programmes zu gehen sich anschickte, wie er es in seiner Botschaft an den Kongreß verkündet hat, und das jedem einzelnen Gliede seines Volkes die „Sicherheit gegen die Übel aller Wirtschaftszufälle“ von Staates wegen verspricht, „und zwar eine Sicherheit, die sich von der Wiege bis zum Grabe erstreckt“. Die Hand des Staates über allen — von der Wiege bis zum Grabe!

Wir glauben, es wird noch manches Schiff die weiten Wege des Mississippi befahren, bis es so weit ist.

Zürich, den 13. Januar 1942.

Jann v. Sprecher.